

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Dienstag, 30. November 1937

Nr. 281

Aus dem Inhalt:

- Jaksch
Über die Lebensinteressen
der Sudetendeutschen
- Für eine wehrhafte
Arbeiterklasse
- Volksgemeinschaftliche
Watschen in der Weindiele
- Goebbels-Offensive in der
Schweiz fehlgeschlagen

Der erste Tag in London:

Volle Einmütigkeit erzielt

Die Franzosen am Abend äußerst zufrieden

London. Die Beratungen der britischen und französischen Staatsmänner, bei denen alle bedeutenden Fragen der Weltpolitik behandelt werden, begannen Montag vormittags um 11 Uhr am Sitz des englischen Premierministers in Downingstreet. Premierminister Chamberlain empfing den französischen Ministerpräsidenten Chamberlain und den Außenminister Delbos, welche von dem französischen Botschafter in London Corbin, dem Generalsekretär Legier, dem politischen Direktor Nassigli und dem Ersten Vizekonsulsekretär De Marce begleitet waren.

Die französischen Staatsmänner erwartete Chamberlain mit dem Außenminister Eden und dem ständigen Unterhofssekretär Sanfittari.

Die Beratungen dauerten fast ununterbrochen von 11 Uhr vormittags bis 18 Uhr 45. Sie wurden formlos auch bei dem Diner fortgesetzt, welches Außenminister Eden am Abend veranstaltete.

In autorisierten französischen Stellen wurde abends der großen Befriedigung über den Verlauf der britisch-französischen Beratungen Ausdruck gegeben. Der französische Ministerpräsident Chamberlain sagte: Ich kann nur das sagen, und ich sage es mit großer Freude, daß wir in allen Angelegenheiten ein volles Einvernehmen erzielt haben. Es erfüllt mich mit Befriedigung und mit Mut, wenn ich erklären kann, daß sich zwischen uns völlige Solidarität gezeigt hat. Wie im Konklave, fügte Chamberlain hinzu, haben wir dieses erst verlassen, bis Einmütigkeit erzielt war.

Kolonialfrage erfordert längere Prüfung

Wie der Neuter-Berichterstatter erzählt, schloß die Sitzung Lord Halifax ausdrücklich keine Eindrücke von seinem Berliner Besuch. Die französischen Minister begriffen vollkommen die Tragweite dieses Besuchs und anerkannten, daß das beabsichtigte beschränkte Ziel erreicht wurde. Daraus wurde die Kolonialfrage von allen ihren Gesichtspunkten aus besprochen und die Beratungsmitglieder waren sich darin einig, daß diese Angelegenheit eine längere Prüfung erfordere. Sodann wurde der Besuch des Ministers Delbos in Mitteleuropa, so wie er geplant ist, besprochen. Einen weiteren Punkt der Verhandlungen bildete die Lage im Fernen Osten. Die beiden Seiten waren sich hinsichtlich des Ernstes der Lage und der Notwendigkeit einer sorgfältigen Verfolgung der weiteren Entwicklung zur Sicherung der Interessen der beiden Parteien vollkommen einig.

Auch die Lage in Spanien wurde besprochen. Es wurde festgestellt, daß die Nichtmischungs-Politik vollkommen richtig ist.

Man fand, daß die heutige Sitzung eine der erfolgreichsten war, die je stattgefunden haben. Es wurde beiderseits der Wunsch zur Zusammenarbeit mit allen Ländern ausgesprochen, obwohl sich die beiden Parteien bewußt waren, daß lange Vorbereitungen notwendig sein werden, bevor an irgend welche wirkliche Verhandlungen wird gedacht werden können.

London. (E. B.) Ueber die ersten Besprechungen zwischen den französischen und britischen Ministern, denen auch Lord Halifax beiwohnte, ist eine amtliche Mitteilung bisher nicht ausgegeben worden. Eine solche dürfte erst nach Abschluß der Besprechungen erfolgen. Der vorherrschende Eindruck ist hier weiter der, daß von ursprünglich weitgehenden Zielen der deutschen Diplomaten und ihrer Freunde in England die Idee, die Bindungen zwischen Frankreich und Mitteleuropa und darüber hinaus mit der Sowjetunion auf dem Umweg über London zu lockern, ist für diesmal aufgegeben.

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ erklärt autoritativ, daß keine Richtungsänderung der englischen Außenpolitik in bezug auf Frankreich bevorstehe und auch die britische Regierung diese Konferenz nicht dazu benützen werde, um von Frankreich eine solche Kursänderung zu verlangen. Ausdrücklich wird festgestellt, daß England keine Abänderung des französisch-russischen Vertrages fordern werde. Ebenso wird ausgeschlossen, daß eine Annäherung zwischen den beiden Mächten an Deutschland und Italien auf Kosten einer sinkenden Macht erfolgen könnte. Es seien auch keine derartigen Vorschläge weder in bezug auf Österreich noch in bezug auf

auf die Tschechoslowakei gemacht worden. Man ist in London der Ansicht, daß die europäischen Spannungen gegenwärtig weniger heftig sind und daher Chancen für einen Verständigungsversuch vorliegen.

Die Hauptthemen der Diskussion sind:

Die spanische Frage, die gegenwärtig nicht mehr als so brennend angesehen wird, Mitteleuropa, wofür die Einigung zwischen England und Frankreich dahin geht, daß keinerlei Vereinbarungen auf Kosten anderer Länder getroffen werden können.

Die Kolonialfrage, für die schließlich auch das Einvernehmen mit den britischen Dominions und Belgien notwendig ist.

Franco kündigt Blockade an

England bestreitet Francos Kompetenz

Salamanca. Die Marineleitung der Aufständischen teilt offiziell mit, daß mit sofortiger Wirkung jeder Handelsverkehr mit den Häfen der blockierten Küste der Valencia-Regierung einschließlich der Insel Menorca unterlagert wird. Die Marineleitung der Aufständischen betrachtet die neutralen Schiffsfahrtskonventionen vor Valencia und Barcelona als aufgehoben und wird von nun an jedes an diesen Küsten anliegende Schiff angreifen.

London. (Neuter.) Wie verlautet, erhielt der Oberkommandant der britischen Kriegsmarine im Mittelmeer den Befehl, mit den Behörden der Aufständischen in Palma di Maiorca in Kontakt zu treten. Großbritannien befreit dem General Franco das Recht, die Blockade aufzunehmen, denn die Durchführung derselben würde die Ausübung des Rechtes einer kriegsführenden Partei bedeuten. In seinem Fall, wie erklärt, habe General Franco das Recht, fremde Schiffe außerhalb der Hoheitsgewässer des auf-

Schließlich bleibt die Fern-Ost-Frage, die den Engländern besonders am Herzen liegt und für die Richtlinien weiter bleibt, daß England so weit zu gehen bereit ist, wie die Vereinigten Staaten.

Eine Extratour der „Times“

Der montägige Leitartikel der „Times“ läßt ohne es ausdrücklich zu sagen, keine Zweifel über die Tatsache bestehen, daß Deutschland in bezug auf die Tschechoslowakei und Österreich eine Art Vorrangstellung fordert. Das Blatt schreibt u. a.:

Trägt die Tschechoslowakei keine Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage und keinerlei Verpflichtungen, die Bedingungen zu erörtern, unter denen bei gegenseitiger Zustimmung die Lage der großen deutschen Minderheit vereinbarlich gemacht werden kann mit guten Beziehungen zu Deutschland, zumal der Einfluß der westlichen Großmächte gegen einen Angriff zu allen Zeiten wahrscheinlich ist? Kann man annehmen, daß eine Einigung ohne oder gegen Deutschland durch den alleinigen Nachdruck Frankreichs und der Sowjetunion dauernd sein kann? Wer sieht nicht, daß bei der Zusammenfügung des Tschechoslowakischen Staates und seiner Transformation der gute Wille Deutschlands wesentlich ist für dessen Sicherheit? Es ist die Aufgabe des Staatsmannes, dem Schwachen gegen das überwältigende Unheil des Starren beizustehen. Es kann aber nicht seine Aufgabe sein, den Antagonismus zu fördern und so tatsächlich den Starren mit der Kraft einer gerechten Sache auszustatten. Alle diese Fragen verlangen eine weisliche Examinierung in Brüssel, Paris und London.

Die „Times“ oder genauer genommen ihr Eigentümer Lord North, gehörten mit dem Direktor des Sonntagblattes „Observer“ Garvin zu den wichtigsten journalistischen Vorkämpfern des deutschfreundlichen Kreises in London.

ständischen Spanien zu befehligen. Man glaubt, daß die britische Regierung den Marinebehörden der Aufständischen nachdrücklich diesen Standpunkt zur Kenntnis bringen wird.

Piratenflugzeuge bombardieren französisches U-Boot

Marseille. (Havas.) Die radiotelegraphische Station in Marseille fing Montag nachfolgende Depesche des Unterseebootes „Lezardrieux“ auf:

„Am 7.36 Uhr wurden wir von einem Flugzeug in einer Entfernung von etwa 15 Meilen nordöstlich von Kap Creux angegriffen. Nachdem uns die Maschine mit Bomben belegt hatte, flog sie wiederum in südöstlicher Richtung davon. Um 8 Uhr erschienen neuerdings zwei weitere Flugzeuge etwa 20 Meilen östlich des Kap Creux; bald darauf verschwanden sie in westlicher Richtung.“

Zuspitzung des Schanghai Zollkonfliktes

Japan gibt nicht nach

Tokio. (Neuter.) Die japanischen Behörden in Schanghai haben die chinesische Zollverwaltung übernommen und die Zollkennlinie mit Besatzung belegt. Gegenüber den kritischen Stimmen, die sich gegen diesen japanischen Schritt auf internationalem Forum erhoben, erklärte der Sprecher des japanischen Außenministeriums:

Japan ist der Ansicht, daß es nicht nötig hat, Großbritannien oder die Vereinigten Staaten um Rat zu fragen, wie es in Schanghai vorgehen soll. Alle in Schanghai unternommenen oder geplanten Schritte Japans müßten ausschließlich als eine Frage der Strafschlichtung als eine Frage der Strafschlichtung betrachtet werden. Japan beharre darauf, daß es das Recht besitze, in den einzelnen Fällen

dieser Aktion unabhängig zu handeln; es erkläre jedoch, daß die fremden Rechte und Interessen werden respektiert werden.

Den Vertretern der japanischen Presse wurde mitgeteilt, daß die Antwort Japans auf den britisch-amerikanischen Einspruch bisher noch nicht überreicht wurde. Japan sei sich dessen bewußt, daß die chinesischen Zölle eine Garantie für die Auslandsdarlehen bilden, jedoch müßten sie unter der Kontrolle Japans stehen, damit die Zolleinnahmen nicht zum Ankauf von Munition für die chinesischen Truppen verwendet würden. Das könnten die Japaner nicht dulden.

Flucht ins Leben

Einstmals verkauften deutsche Fürsten ihre Landesländer für klingendes Gold als Soldaten an kriegsführende Länder. Diese Schmach hat Schiller in seinem Drama „Kabale und Liebe“ vereinnahmt, das immer aufs Neue den Haß gegen jene habgierigen Fürsten weckt. „Kabale und Liebe“ behandelt eine geschichtliche Begebenheit; das heißt aber nicht, daß das Dramenthema unmodern ist. Der Verkauf von Landesländern ist, wenn auch in anderer Form als einst, auch heute noch üblich, und der Mann, der ihn vollbringt, heißt Adolf Hitler. Viele tausende junger deutscher Menschen hat er schon nach Spanien geschickt, viele tausende von ihnen sind auf den blutgetränkten Schlachtfeldern des spanischen Krieges gefallen. Er hat der deutschen Jugend eingeredet, sie müsse dort gegen den kulturzerstörenden Bolschewismus kämpfen. In Wirklichkeit wurde sie hineingeschickt, um fremde Interessen wahrzunehmen, Interessen, die mit jenen des deutschen Volkes nichts zu tun haben und von denen es nichts wissen will. Von dem bisher'gen Eingreifen deutscher Truppen in Spanien hatte bisher lediglich Herr Mussolini Gewinna. Aber Herr Hitler hört nicht auf, das Blut deutscher Menschen in Spanien zu investieren. Er hört auch nicht auf, Waffen nach Spanien zu schicken. Das deutsche Volk kann den Hungerriemen noch so eng schnallen, deutsche Mütter mögen noch so laut um ihre Söhne weinen; das autoritäre Regime hat es nicht notwendig, darauf Rücksicht zu nehmen. Dieses Regime ist nicht für das Volk, das Volk ist für das Regime da.

Die modernen braunen Landesfürsten haben geglaubt, daß sie die Herzen und Hirne ihrer Opfer durch nationalsozialistische Erhaben reiflos vernebeln können; sie haben geglaubt, es genüge eine geschickte Propaganda, um die deutschen Jungen glauben zu machen, ihr Entsendung nach Spanien sei einer Auszeichnung gleichzusetzen. Es zeigt sich, daß das nationalsozialistische Regime einem Verstum erlenen ist; die deutsche Jugend will vom wahren Krieg nichts wissen, sie lehnt es, auch wenn sie schon jahrelang den nationalsozialistischen Erziehungslehren unterworfen wurde, ab, in Spanien im Namen des „Antibolschewismus“ zu sterben.

Es wurde schon im Sommer dieses Jahres bekannt, daß deutsche Mütter, die den Aufbruch hatten, ihre Kluge nach Franco-Spanien zu bringen und sich auch selber den Rebellen zur Verfügung zu stellen, auf Flugplätzen der Valencia-Regierung gelandet sind und dann in der Seite der Regierungstruppen saßen. Andere, die in die Gefangenschaft der Regierungarmee gerieten, gaben an, daß bei ihrer Entsendung nach Spanien von Freiwilligkeit nicht die Rede sein konnte; sie seien auf die spanischen Schlachtfelder kommandiert worden. Und eben jetzt haben einige deutsche Jungen den Entschluß gefaßt, nicht erst die lange Reise nach Spanien anzutreten; sie stürzten nach Österreich, um den Pagan des Sterbens in Spanien zu entgehen. Es sind nicht Durchschnittsjungen, um die es sich da handelt, sondern junge Leute, die der Elite der deutschen Mütter angehören; sie entstammen der berühmten Reichs-Ritterfamilie, die nur ganz besonders ausgefuchste Mütter hat.

Diese Mütter beweisen, daß die Weigerung deutscher Soldaten, nach Spanien zu gehen, schwer bestraft wird; die Geflüchteten hätten es wohl sonst vorzuziehen, in Deutschland zu bleiben. Sie beweisen aber auch, daß die nationalsozialistische Beeinflussung der Jugend nicht nachhaltig genug ist, um sie zu Opfern zu veranlassen, die sie als sinnlos betrachten. Es scheint noch deutsche Jungen zu geben, denen das Gehirn ein Mittel zum Denken ist; wenn es in Funktion tritt, fordern selbst die gefährlichsten Waffen der Diktatur unbrauchbar.

Als bei der Schlacht von Guadalajara italienische Soldaten gefangen worden waren, die durch mehr als ein Jahrzehnt faschistische Erziehung gewonnen hatten, sangen sie das Revolutionärlied der italienischen Arbeiter, die „Bandiera Rossa“, und viele von ihnen meldeten sich zum Kampfe in die Reihen der Regierungsmarine. Der Faschismus und der Nationalsozialismus können eben nicht verhindern, daß die Menschen denken, und selbst der stärkste geistige Druck vermag in der Jugend nicht die Bereitschaft zu entwickeln, für die faulen Ideale einer Morbidideologie in den Tod zu gehen.

Die Flucht der jungen deutschen Mütter in die Freiheit und das Leben ist ein Symbol für die Sehnsucht nach Arbeit und Frieden, die in den Herzen von Millionen Deutscher schläft.

Aufbauende Friedenspolitik

Abg. Jaksch über die wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen der Sudetendeutschen

Sonntag, den 28. November, hielt Abg. Benzel Jaksch in einer Konferenz der Deutschen sozialdemokratischen Partei für die beiden Wahlkreise Pilsen und Budweis in Moskau das politische Referat, dessen Gedankengänge wir nachstehend wiedergeben. Genosse Jaksch führte u. a. aus:

Die SDP wählte uns nach dem 19. Mai 1935 tödlich verwundet, aber es hat sich gezeigt, daß unsere Bewegung unzerstörbar und unsere Idee unüberwindlich ist. Wir haben dem Gegner durch unerschütterlichen Widerstand bewiesen, daß er sich an der granitenen Mauer der sozialdemokratischen Bewegung die Zähne ausbeißt. Mit Ausnahme der faschistischen Kollaborationspolitik gab es in den letzten Jahren kein Unglück, das uns nicht betroffen hätte. Wir sind durch ein politisches und soziales Katastrophengelände marschieren. Wenn wir auch 1929 gewußt hätten, welchen Gefahren wir entgegengehen — wir wären keinen anderen Weg gegangen als den, den wir gegangen sind.

Die Ereignisse stellen uns vor zwei Aufgaben: Es galt, sich durchzukämpfen durch die Krisenperiode und gegen die tödliche Bedrohung durch den Faschismus hier ein Stück freien Kampfplatzes für die Arbeiterklasse zu erhalten. Nach dem 19. Mai sahen uns unsere Feinde schon im Konzentrationslager und Henlein in der Regierung. Aber bereits der 18. Dezember 1935, der gezeigte hat, daß der Präsidentenstuhl der Republik für faschistische Anwärter zu hoch sei, war eine demokratische Durchbruchschlacht in der Innenpolitik.

Das Steuerkruder des Staates hält wieder ein Mann in der Hand, der als ein hundertprozentiger Demokrat auch die Arbeiterklasse niemals enttäuschen wird. (Lebhafter Beifall.)

Genoss, wir alle sind davon unbefriedigt, daß wir die Not nicht erfolgreicher fernhalten konnten von unserem Grenzland. Aber so unzulänglich unsere Krisenfurche vielfach war, so dürfen wir trotzdem die positive Gesamtleistung nicht übersehen. Auf sozialem Gebiete, in dem Bereich der öffentlichen Arbeitsbeschaffung ist in unserem Wirkungsbereich noch niemals so viel geschehen, wie in den Jahren der Krise.

In unseren böhmischen Bezirken ist auf dem Höhepunkte der deutschbürgerlichen Macht im alten Österreich nicht einmal der zehnte Teil dieser wirtschaftlich-sozialen Arbeit geleistet worden.

Dabei übersehen wir nicht, daß unsere Arbeitslosenfurche mangelhaft ist und mangelhaft bleiben wird, bis wir das System der Ernährungsarten nicht durch eine allgemeine Arbeitslosenversicherung ersetzen können. Durch die Weltkrisenbedingungen hat die Bevölkerung unserer Randgebiete schwere wirtschaftliche Rückschläge erlitten. Aber diese Betriebe sind nicht unserer Regierungspolitik zum Opfer gefallen, sondern der kapitalistischen Kartellpolitik.

Was zerstört wurde, ist zerstört worden durch die unheilvollen Wirkungen des kapitalistischen Systems, was gerettet wurde, ist gerettet worden durch sozialistische Arbeit.

Wir haben nach der furchtbarsten Krise wieder das rettende Ufer einer Wirtschaftsbelebung erreicht. Die Arbeitslosigkeit bleibt zwar weiter noch ein überaus ernstes Problem, aber der Fluch der Hoffnungslosigkeit ist von einem großen Teil unserer Notstandsgebiete gewichen. Gegen die wirtschaftlich-soziale Leistung hat die SDP nur leere Versprechungen und demagogische Manöver setzen können. Wir sind auf sozialem Gebiete nicht zu schlagen und deshalb hat die Henleinbewegung versucht, uns durch nationale Drogen den Boden abzuziehen. Es ist im Nachkriegsdeutschland viel nationales Unrecht zurückgeblieben. Die politische Krankheit unserer Zeit heißt Chauvinismus, und diese Krankheit hat fast alle Völker des Kontinents ergriffen. Wenn die halbe Welt durch den Ungeist des Nationalismus verrückt gemacht wurde, dann ist es naheliegend, daß auch bei uns nicht alle Menschen vernünftig geblieben sind. Der Chauvinismus bedeutet eine Gefahr für jedes Volk.

Jene Staaten, die dem Chauvinismus verfallen sind, gleichen einem Wagen, der von innen gewordenen Pferden gezogen wird.

Wir haben mit den Vereinbarungen vom 18. Februar versucht, einer ungefunten Entwicklung in die Fänge zu fallen. Wer aber schon gewordenen Pferden in die Fänge fällt, wird von der entsetzten Gegenkraft noch ein Stück mitgeschleppt. So habe ich die Lage vor englischen Zuhörern charakterisiert. Der 18. Februar ist keine Zauberformel, aber wir haben mit dieser Vereinbarung den toten Punkt im tschechisch-deutschen Verhältnis überwinden und einen neuen Einschnitt gefunden für die Geltendmachung der berechtigten deutschen Lebensinteressen innerhalb des Staates.

Durch die Annahme unserer Resolution im Budgetausschuß sind die Vereinbarungen vom 18. Februar parlamentarisch ratifiziert worden.

Auch die SDP hat für diese Resolution gestimmt und wir können uns auf die nachträgliche Genehmigung der nationalpolitischen Vereinbarungen durch diese Oppositionspartei berufen. Es bleibt auf nationalpolitischem Gebiet noch viel zu tun. In der tschechischen Politik muß der Gesichtspunkt obliegen, daß das Lebensrecht des einen Volkes nicht auf Kosten des anderen Volkes geltend gemacht werden darf. Man muß im tschechischen Lager ferner einsehen, daß künstliche Entnationalisierung auf die Dauer keinen Gewinn bringt. Die Sudetendeutschen müssen sich frei machen von einem Herren Nationalismus. Unserem Volk in seiner Gesamtheit wird nicht zu helfen sein, solange es politische Arbeit nicht zu werten versteht und solange auch der Einzelne nicht genügend Radikalität gegen die Verlockungen des Seelenfanges aufbringt. Die Sudetendeutschen haben noch zu lernen, wie man kraftvolle Selbstbehauptung mit der Achtung des Nachbarn verbindet. Wir lassen uns in der Vertretung der berechtigten deutschen Lebensinteressen von niemandem überreifen. Wir lassen uns aber auch von den anderen nicht ihre nationalpolitische Hygiene aufzwingen. Unser Kampf gilt jedem nationalen Unrecht, aber mit gleicher Leidenschaft kämpfen wir gegen soziales und politisches Unrecht. Nie-

mals darf sich die Arbeiterschaft in diesem Ringen vom Boden ihrer demokratisch-sozialistischen Weltanschauung verdrängen lassen.

Herr Henlein hat den Kampf um die Totalität im sudetendeutschen Lager bereits verspielt.

Bei den schmutzigen Richtungskämpfen, die in seiner Partei toben, kann er nicht einmal mehr als unbestrittener Sprecher der SDP angesehen werden.

Das letzte Mittel, welches die unzufriedenen Massen der SDP beisammen halten soll, ist die Spekulation auf den Krieg. Herr Henlein hat durch seinen „Offenen Brief“ das Stichwort zu einer schamlosen nazistischen Kriegsbegehr gegeben. Wir werden bei der Verteidigung des Friedens keinen Zoll zurückweichen.

Das Dritte Reich wird den Sudetendeutschen zuliebe keinen Krieg anfangen.

Viele Ansichten sprechen dafür, daß die faschistischen Diktaturen kaum einen großen Krieg wagen werden, der ihre eigene Existenz als Einsatz fordert. Wirtschaftspolitisch ist das Weltregiment bereits entschieden und der Bankrott der faschistischen Staaten nahe, wie der Rücktritt Dr. Schachtl signalisiert, heran. Das Warten auf den Krieg bedeutet vom sudetendeutschen Standpunkt aus das Warten auf den Tod. Deshalb müssen wir den Katastrophenspektiven auch außenpolitisch den Weg verlegen. Der Kampf um die Rettung des Friedens ist nach wie vor ein aussichtsreicher

Kampf. Unsere deutsche sozialdemokratische Bewegung hat fünf Jahre Hitlerregime in nächster Nachbarschaft ausgehalten und wir sind noch immer da. Wie lange aber die Partei des Herrn Henlein einen Regimewechsel in Deutschland überleben wird, ist eine andere Frage. Das ist der Maßstab unserer Stärke und ihrer Schwäche. Wir sind die wahre sudetendeutsche Bewegung.

die SDP ist nichts anderes als eine Sektion der faschistischen Internationale.

Die Opfer, welche durch die Ausgaben für Staatsverteidigung der Bevölkerung auferlegt werden, sind leider unabwendbar, um dem Lande und seinen Völkern die Grundlagen einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Blütezeit zu erhalten. Weder in der Staatspolitik noch in der Außenpolitik soll Volk gegen Volk stehen. Die Friedfertigen und Vernünftigen aller Völker müssen sich gegen die Karren und Verdreher verbinden, um unabsehbare Katastrophen zu vermeiden. Unser Kampf wird getragen von dem stolzen Bewußtsein, daß wir zur großen Armee der europäischen Friedens- und Freiheitskämpfer gehören, daß unsere Bewegung die vorgeschobene Feldwache der europäischen Demokratie und der sozialistischen Internationale ist. Wer in den sozialdemokratischen Reihen kämpft und wirkt, wird von sich sagen können:

„In der Menschheit urewigem Streite, stand ich zum Banner der Menschlichkeit!“ (Großer Beifall.)

Minister Dérer über die nationale Frage

Justizminister Dr. Dérer sprach am Sonntag in einer Sitzung der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Silsion über die politische Lage. Er konstatierte, daß sich die militärische und damit die internationale Stellung der Tschechoslowakei in der letzten Zeit ungewöhnlich befestigt habe. Unsere außenpolitisch gute Situation gründet sich auf die militärische Stärke und auf die günstige Innenpolitik. Die Beschwerden der deutschen Minderheit ergeben sich aus den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und betreffen nicht ihre Existenzinteressen. Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Sudetendeutschen ist eine solche, daß viele unabhängige Nationen sie beneiden könnten. Die aus Staatsmitteln erhaltenen deutschen Schulen stehen qualitativ und quantitativ auf einer solchen Stufe, wie sie bei vielen reifen und kulturell alten unabhängigen Nationen nicht erreicht wurde. Das deutsche Schulwesen in der Tschechoslowakei ist um nichts schlechter und um nichts schwächer, als es im alten Österreich war, als die Deutschen das regierende Volk waren. Auch wirtschaftlich ist der Stand der deutschen Minderheit besser als bei vielen unabhängigen Nationen. Der deutsche Bauernstand in der Tschechoslowakei ist besser daran, als der Bauernstand in anderen Ländern, weil sich alle Ertragschancen der Agrarpolitik bei uns auch auf ihn beziehen. Die deutschen Demokraten in der Tschechoslowakei haben eine unverhältnismäßig stärkere politische und soziale Position inne, als in anderen Staaten. Die deutsche Industrie bei uns wurde zwar von der Krise stark betroffen, aber durch die Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung erholt sie sich. Auch die Slowakei konsolidiert sich trotz aller entgegenwirkenden Anstrengungen einzelner Politiker der slowakischen Volkspartei, die weder

in der eigenen Partei noch im slowakischen Volk hinreichende Stütze haben.

Kaufus im Parlamentärlaub der Nationalen Vereinigung. Am Montag hielt Finanzminister Dr. Kaufus über Einladung des parlamentarischen Klubs der Nationalen Vereinigung in einer Klubstunde einen eingehenden Vortrag über die Bededungsberichte zum Staatsbudget und beantwortete auch einige an ihn gestellte Anfragen. — Es ist dies offenbar die erste Auswirkung der kürzlichen Verhinderung des Ministerpräsidenten, daß die Ausschließung der Opposition von den Budgetarbeiten nicht auch für die Zukunft richtunggebend sein müsse. Dem Parlamentärlaub der Nationalen Vereinigung gehören bekanntlich die radikalsten Aktivisten-Anhänger seit geraumer nicht mehr an. Die übriggebliebenen Nationaldemokraten werden vielfach reif für einen künftigen Wiedereintritt in die Regierung angesehen.

Böhmische Landesvertretung am 14. Dezember. Landespräsident Dr. Sobotta hat die böhmische Landesvertretung für Dienstag, den 14. Dezember, um 15 Uhr einberufen.

Neues tschechisches Tagblatt. Sonntag, den 28. November, erschien zum erstmaligen das neue Zentralorgan des „Károvní hrdoci“ (das ist im wesentlichen der alten nationaldemokratischen Partei), deren Organ bisher die „Károvní listy“ waren, deren Verwaltungsrat jedoch sich weigert, das Blatt als Organ der Partei weiter erscheinen zu lassen. Die erste Nummer der neuen Zeitung, die den Titel „Károvní noviny“ trägt, enthält einen Aufruf der Führer der Partei, darunter Dobad, des Bürgermeisters von Olmütz Doktor Richard Fischer, der Abgeordneten Jezek, Prof. Domin, Dr. Kadin und Dr. Matoušek, Doktor Sedla und des Senators Dobranský. Sonst ist von dem Inhalt ein scharfer antideutscher Artikel des Dr. Fischer bemerkenswert.

25

DER KLEINE

VON EUGÈNE DABIT

Berechtigter Übertragung aus dem Französischen von Bejat

Ich bin nicht sehr weit von unserer Gegend. Je näher ich komme, desto schneller schlägt mein Herz. Hier, in diesen Straßen, bin ich als Junge umhergelaufen. Jetzt laufe ich wieder, aber unter einem anderen Namen. Jetzt bin ich in der Rue Ordner, jetzt kommt die Erde, jetzt sehe ich alle die bekannten Läden, jetzt die dunkle Masse unseres Hauses.

Ich gehe hinein. Zum Glück ist die Portierfrau bei Tische. Die knarrenden Stufen, das staubige Geländer, da und dort mein Name an der Wand. Im fünften Stock hole ich tief Atem und jage, zwei Stufen auf einmal nehmend, hinauf.

Ein Hautschlag gegen die Tür.

„Ich bin's, Mama.“

Keine Antwort. Ich kloffe noch härter. Nichts. Ich lehne mich an die Wand.

„Das hat sich gelohnt...“

Wir fällt ein: sie wird bei Frau Harbulot sein.

Ich klopfe. Ich warte einen Augenblick, einen Augenblick, der mich eine Ewigkeit dünkt. Dann höre ich einen Schlüssel im Schloße. Die Tür geht auf.

Mama steht auf der Schwelle.

„Was? Du, kleiner? Du, hier?“ ruft sie, mich in die Arme nehmend.

„Ja, Mama, ich...“

Sie lacht und zieht mich ins Vorzimmer.

„Wie gehen gleich nach Haus. Ich will's nur schnell meiner Dame sagen.“

„Dre, ich bin nicht auf Urlaub. Ich bin ausgerückt. Ich komme von Roisy-le-Sec. Bin gelaufen wie toll. Nun bist du mir wohl noch böse?“

„Du mußt also wieder fort?“

„Bald.“

Frau Harbulot kommt dazu. Empört und beglückt zugleich, erzählt ihr Mama von meinem Streich.

„Rein, welche Torheit“, bemerkt Frau Harbulot. „Sie sind ja in Schweif gebadet. Aber nun sollen Sie erst etwas essen. Kommen Sie schnell in die Küche.“

Mama stellt einen Teller und die Reste des Mittagessens auf den Tisch.

„Wißt du mir denn nichts erzählen?“ fragte sie.

„Rede du, Mama. Ich habe doch den Mund voll.“

„Was soll ich sagen? Ich bin sprachlos vor Ueberraschung. Ist meine Dame nicht nett? Leider bleibt sie nicht mehr lange in Paris.“

„Sie hat wohl Angst vor den Fliegern?“

„St. sie kommt. Ich erkläre dir später.“

Frau Harbulot setzt sich auf einen Schemel. Sie steht mich an. Ich schlage nicht die Augen nieder. Sie hat sich das Haar gemacht und sich gepudert. Ihr Gesicht blendet mich.

„Essen Sie, essen Sie! Machen Sie eine Flasche Bordeaux auf, Frau Decamp. Wir wollen auf ihr Wohl trinken, kleiner. Aber jetzt sind Sie nicht mehr der Kleine, jetzt sind Sie ein richtiger Vaterlandsverteidiger.“

„Ja, er ist stärker geworden“, stellt Mama mit Stolz fest.

Ich bin gesättigt.

„Geben wir in den Salon“, sagt Frau Harbulot.

Ein stilles, behagliches Zimmer mit gedämpftem Licht.

„Kommen Sie zu mir, auf's Sofa, und erzählen Sie mir von Ihrem Leben, Ihren Kameraden.“

Ihre weiße, mit Ringen geschmückte Hand ruht neben meiner Hand. Sie trägt ein reich garniertes, feidig schimmerndes Hauskleid. Sie lächelt, wenn ich etwas sage, und ermutigt mich, den Kopf auf die Schulter gelegt, fortzufahren. Ich gebe ganz vertehrte Antworten auf ihre Fragen. Mir ist, als träumte ich. Ich glaube, ich werde nie die Kraft haben, wieder fortzugehen.

Mama kommt, ein Tablett in der Hand, Frau Harbulot reicht mir ein Glas.

„Auf unseren Sieg!“

Ich trinke, den kleinen Finger gespreizt, wie ich es bei Jacques gesehen habe, langsam aus. Der Wein steigt mir zu Kopfe. Ich taumle leicht, und meine Schulter berührt Frau Harbulots Oberarm.

„Hör auf, daß du keinen Fled machst“, sagt Mama scharf. „Außerdem ist es wohl Zeit zum Gehen.“

„Ich habe keine Eile.“

„Machen Sie keine Dummheiten“, predigt Frau Harbulot. „Stellen Sie sich vor, daß Ihre Kameraden ohne Sie abfahren!“

Dabei steht sie auf. Es bleibt mir nichts übrig, als, schweren Herzens, ihrem Beispiel zu folgen.

„Sie erlauben doch, daß ich Sie umarme, kleiner?“

Ihre Lippen berühren meine Stirn.

Mama drückt mich an ihr Herz und bedeckt mein Gesicht mit Küßen. Da ich fühle, daß ich schwach werde, reiße ich mich gewaltsam los und schreie:

„Auf bald!“

Die Straße ist menschenleer. Der Rärm meiner eigenen Schritte begleitet mich wie der Refrain eines Abschiedsliedes.

Ich komme an die Fortifikationen. Niemand da. Was soll ich tun? Ich springe auf eine Straßenbahn.

Roisy-le-Sec.

Ich laufe zum Bahnhof, klettere über den Zaun, tauche zwischen den Wagen unter. Die Kurve, erwischt zu werden, treibt mich an. Ich suche die ganze Strecke ab. Nichts. Vielleicht sind sie schon abgefahren? Jetzt kommt mir jemand auf dem Bahnkörper entgegen. Mein Kamerad.

„Hier bist du“, ruft er mir leise zu. „Ich habe sie noch nicht gefunden.“

„Wir müssen uns ranhalten.“

Eisenbahner schleben Wagen auf den Gleisen. Wir fragen sie.

„Ein Transport nach Marcilly-le-Grand? Wir stellen den Zug nach Troyes zusammen. Das könnte er sein.“

Gleich danach finden wir die Kameraden.

Sie liegen auf dem Boden und schnarchen.

Ich lege mich auch hin. Ich denke an mein Erlebnis. Rüge rollen. Signale gelken. Ich schließe die Augen.

Im Morgengrauen geht's weiter.

Abends kommen wir nach Marcilly-le-Grand.

Wir steigen aus. Den Tornister auf dem Rücken, das Gewehr auf der Schulter, begeben wir uns auf Quartiersuche. Der Tornister ist schwer, der Brotbeutel schlägt beim Marschieren gegen die Hüfte. Schließlich legt man uns in eine Scheune. Die Trageballen erinnern an halben Jugluft freit durch die Ritzen der Ziegel, blaues Licht fällt hinein. Längs der Lehmmauer eine Schütze streckt.

In einer Ecke werfe ich meinen Tornister ab, mache mein Koppel los und lege mich in Schuhen und Samaschen hin. Welche Wohlthat, daß man dem Lärm und den fliehenden Bildern entronnen ist!

Plötzlich kriegt ich einen Stoß.

„Bleib gefällig auf deinem Platz“, brummt eine grobe Stimme. „Das Stroß ist nicht für dich allein.“

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

„Volksgemeinschaft in der Weindiele“

Watschen-Affäre zwischen Kasper und SdP-Abg. Knorre / Abgang Dr. Kreißl's wegen der Ruita-Affäre / Empörung in der Schriftleiter-Presse

Der innere Zustand der SdP wird für sie immer unersichtlicher. Die Fälle Kasper und Knorre beunruhigen nach Halb- und Vierteljährlich natürlich weitere die führenden Gemüter und die Partei-Organisationen, aus denen Protest um Protest kommt, so daß auch die gleichgeschaltete Presse das buldende Schweigen immer vernehmlicher bricht.

Wie weit die Dinge gediehen sind, geht am deutlichsten aus der Charschlag-Affäre hervor, die sich in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in Prag abspielte und über die das „Presseamt der SdP“ folgendes berichtet:

Auf Grund eines Vorfalls im Weindiele der Deutschen Hauses, wo im Laufe einer Auseinandersetzung Rudolf Kasper den Abgeordneten Richard Knorre in Anwesenheit zahlreicher Gäste tätlich angriff, hat der Vorsitzende des parlamentarischen Klubs der SdP in seiner Sitzung am Samstag beschlossen, beim Vorsitzenden der Partei den Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Rudolf Kasper und Abg. Knorre zu stellen.

Abg. Knorre hat gleichzeitig gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren erfaßt und gegen Rudolf Kasper das Oberste Ehrenschiedsgericht der Partei angerufen. Der parlamentarische Klub der SdP hat Abg. Knorre von den parlamentarischen Arbeiten suspendiert. Konrad Henlein hat dem Antrag des Klubvorstandes stattgegeben und Rudolf Kasper und Abg. Knorre ihrer Funktionen enthoben. Gegen beide wird wegen parteischädigenden Verhaltens das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Es ist also einerseits die Erregung der Gruppen und Cliquen gegeneinander beim Siedepunkt angelangt, andererseits die geordnete Führung bei solcher Unanständigkeit durch Fädel und Affären, daß die sogenannte Volksgemeinschaftliche Arbeit kaum mehr betreut werden kann. Und auch die „Untergliederungen“ sehen sich gezwungen, ihre Zeit mit Beschwerden und Protesten zu vertun. Anderen SdP-Organisationen folgend, hat dieser Tage die Ortsleitung Groß-Ostrow in einstimmiger Leitung Groß-Ostrow in einstimmiger Entscheidung folgende Forderungen aufgestellt:

1. Sofortige Wiedereinsetzung Dr. Jonaks in alle seine Ämter.
2. Genaue Untersuchung und Aufklärung über den Fall Ruita innerhalb der Partei.
3. Verstrafung und unbedingte Ausschluß aller jener, die in ihren Reden oder in der Presse Heinz Ruita in Schuß genommen haben.
4. Erledigung der Gewerkschaftsfrage im Sinne Kaspers.

Bemerkenswert ist, daß in der Stimmung und in den Protesten der Organisationen der Fall Ruita immer breiteren Raum einnimmt. Auch das Führungsmittglied Dr. Kreißl soll nun aus seinen Ämtern, vor allem wegen seines Auftretens gegen die Behandlung des Falles Ruita, scheiden!

Auffärische der Presse
Die „Mischer Zeitung“, also gewissermaßen Henleins Residenzblatt, schließt einen Leitartikel also:

„Die breite sudetendeutsche Öffentlichkeit hat, das sei einmal in aller Deutlichkeit festgehalten, diesen ewigen unterirdischen Kampf satt. Sie fordert eine ruhige und dauerhafte Klärung in allen den Dingen, die wie ein Schleiher in des Witz überall herumkriechen. Sie selbst hat ja damit nicht zu tun, denn sie weiß, wo sie zu stehen hat. Aber sie lehnt es ab, weiterhin von dem ge-

Attentat gegen Nahas Pascha mißglückt

Kairo. Auf den ägyptischen Ministerpräsidenten Nahas Pascha wurde Sonntag nachmittags auf der Fahrt nach seiner Wohnung im Helwan ein Revolverattentat verübt. Von drei Schüssen durchschlug eine Kugel die Wand des Autos und verfehlte nur um wenige Zentimeter den Ministerpräsidenten, der unverletzt blieb.

Der jugendliche Täter namens Ismedin Abdel Abader wurde verhaftet. Er ist ein Anhänger der oppositionellen Organisationen, einer Organisation, die sich stark gegen den englisch-ägyptischen Vertrag wendet; zuletzt war er Hilfsangehöriger im Landwirtschaftsministerium. Er ist ein Revolutionskämpfer, habe das Attentat seit langem vorbereitet und eigene Schießübungen in der Wüste durchgeführt.

Auf die Nachricht von dem Attentat kam es in Kairo zu Zusammenrottungen, wobei die Polizei gegen die mit Revolvern und Stöcken bewaffnete Menge eine Salve abgab, die allerdings in die Luft gielte war. Am Mittwochabend war die Ruhe wieder hergestellt.

heimlichvollen Tadeln einer um irgendeine Nacht kämpfende Clique beunruhigt zu werden und sie erwartet, daß endlich einmal ein klares und offenes Wort darüber gesprochen wird, wie die Dinge in Wahrheit stehen. Damit allein lassen sich Verbittertheit und Anschauungsunterschiede aus der Welt schaffen!“

Noch schärfer äußert sich die „Prüxer Zeitung“. Die Wählerchaft, heißt es dort in einem Leitartikel:

„Nicht den inneren Auseinandersetzungen, mit denen die führenden Kreise der SdP zu tun haben, befremdet und ohne Verständnis gegenüber. Es gibt da in der Tat einen unerbittlichen Kampf. Wiederholt schon ist er hervorgerufen und das augenblicklich wieder zur Verhandlung stehende und mit inhaltlichen Methoden am Leben erhaltene Geschwür ist nicht das erste am Leibe der großen sudetendeutschen Partei...“

Für eine wehrhafte Arbeiterklasse

Auf der Konferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kofelup hielt der Vorsitzende der Republikanischen Wehr, Ernst Paul, ein Referat über: „Wehrhaftigkeit und Arbeiterbewegung, dem wir folgendes entnehmen:

Die Sozialdemokratie war sich immer dessen bewußt, daß sie ihren Kampf mit geistigen Waffen zu führen habe und daß dieser Kampf gebunden ist an die Freiheit des Wortes. Die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit haben uns jedoch die Lehre stärker ins Bewußtsein gerufen, daß die arbeitende Klasse wehrhaft sein müsse. Ebenso muß der Staat wehrhaft sein; wäre er das heute nicht, würde dies der Selbstmord des Staates und der Selbstmord unserer Bewegung sein. Der Faschismus hat gezeigt, weil die Exekutivgewalt des Staates ihm gegenüber entweder neutral war oder sich ihm direkt zur Verfügung stellt hat. Die sozialistische Arbeiterbewegung muß daher bestrebt sein, zur Wehrmacht in den demokratischen Staaten in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen. Das heißt aber nicht, der Exekutivgewalt des Staates allein den Kampf gegen den Faschismus zu überlassen. Die Bekämpfung des sudetendeutschen Faschismus ist in erster Linie eine Aufgabe der sudetendeutschen Arbeiterklasse.

Ein Mittel dieses Kampfes gegen den Faschismus ist unsere republikanische Wehr. Ihre Aufgabe ist, die Arbeiterbewegung zu schützen und die Kraft der Arbeiter militant zu machen. Es hat sich oft gezeigt, daß man mit 30 einjährigemännlichen der Republikanischen Wehr jede Versammlung sichern kann. Diese einjährigemännlichen müssen aber vorhanden und geschult sein. Das ist der Sinn der Republikanischen Wehr. Diese Wehr hat aber daneben auch eine propagandistische Wirksamkeit. So ist ein starrer Aufmarsch uniformierter Massen von ganz außerordentlichem Eindruck und großer Durchschlagskraft. Die Republikanische Wehr löst auch unseren Gegnern tatsächlich Respekt ein. Ihr Erscheinen allein fördert vielfach schon die Ordnung. Deshalb müssen die Parteiorganisationen alles tun, um die Republikanische Wehr, die der politischen Verantwortung der Partei untersteht und deren Exekutivorgan ist, zu stärken. Die Republikanische Wehr hat keinen anderen Ehrgeiz als den, der Demokratie und der sozialistischen Arbeiterklasse einfaß- und tatbereite Menschen zu liefern.

In derselben Konferenz sprach Senator Heinrich Müller über die Wehrerziehung und unsere Sportorganisationen. Er erklärte, die Aufgabe der Arbeitertum- und Sportfunktion sei es nicht nur, die körperliche Erziehung zu fördern, sondern auch eine Wehrerschule der sozialistischen Arbeiterbewegung zu sein. Der Ausweg liegt zur roten Armee, zur sozialdemokratischen Partei. Ebenso steht er an der Spitze unserer demokratischen Armees. Unser Streben ist es, daß die Armees nicht unser Feind, sondern unser Freund sei. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir die Wehrkraft des Staates stärken müssen und deswegen werden wir bei der Durchführung des Wehrgesetzes mitarbeiten. Wir stehen auf dem Boden des Staates und sind zu seiner Verteidigung bereit. Unser Streben ist es, in jedem Ort eine Sportorganisation der arbeitenden Klasse zu haben. — Müller besprach dann Einzelheiten bei der Durchführung des Wehrgesetzes und betonte insbesondere daß durch den Befehl bei der Wehrerziehung entfallenden Zeitverlust keine Lohnlücke zu eintreten dürfe.

Die Wehrkraft der Partei ist noch jung, allein sie verzeichnet schon eine ziemlich lange Reihe unangenehmer, für das Ansehen der Partei schädlicher und für die Bewertung ihrer inneren Kraft durch die zahlreichen Gegner und wenigen Freunde irreführender Kommunisten, denen allen es gemeinsam ist, daß sie sich in der führenden Schicht abspielten und daß sie mit halben oder gar keinen Abstrichen auf eine Weise erledigt wurden, daß alles beim alten blieb. Auch für die innere Gesundheit der Partei ist diese Methode bedenklich.“

„Die Sache der SdP wird durch den Streit der Gruppen und Personen gehemmt und gefährdet, es ist darum an der Zeit, den Kampf zum Schweigen zu bringen. Nicht bloß mit „Autorität“. Das ist schon versucht worden und hat nicht gefruchtet. Die Unzufriedenheitsgerüchte den Rumoren Gehorsam wieder, wenn die Entscheidung nicht gleichzeitig austräumt mit den Tatsachen vielleicht wirklich berechtigter Beschwerden und wenn sie in den Gemütern der Streitparteien die friedfertige Bestimmung nicht listet, ohne die der innere Friede nur Schein ist.“

Erfolgreiche Betriebsausschuwahl

In der Porzellanfabrik Pirkenhammer, die zum Konzern der Eping gehört, fanden Ende der vergangenen Woche Betriebsauswahlwahlen statt. Die Liste des Glas- und Keramikarbeiterverbandes erhielt 214 Stimmen und fünf Mandate, die DKB 80 Stimmen und ein Mandat. Trotz dem ungeheuren Einsatz von Flugblättern und anderer Propaganda ist es der DKB also nicht gelungen, eine Verschiebung im Kräfteverhältnis zu erzielen. Auch die Auffstellung des Ortsleiters der SdP als Spitzenführer hat nichts genützt.

Goebbels-Offensive in der Schweiz fehlgeschlagen

Volksbegehren gegen die Freimaurer mit mehr als Zweidrittelmehrheit abgelehnt

Bern. In der eigenständigen Volksabstimmung über das Initiativbegehren verschiedener „Fronten“ für ein Verbot der Freimaurer-Vereine in der Schweiz wurden 234.000 Stimmen für das Verbot und 515.000 Stimmen gegen das Verbot abgegeben und das Begehren damit abgelehnt. Von den 22 Kantonen brachte nur der Kanton Freiburg eine Mehrheit für das Verbot auf.

Dieser Abstimmung wird in der Schweiz grundsätzliche Bedeutung beigegeben, weil sogenannte Geheimvereine bei der schweizerischen Bevölkerung wenig Sympathie genießen und

Kommunistischer Gemeindevorsteher verurteilt

Vor einem Strafsenat des Präter Kreisgerichtes hatte sich der frühere Gemeindevorsteher von Bartelsdorf (Bezirk Komotau), Franz Seiner, der als einziger Kommunist seinerzeit die Bestätigung als Vorsteher erhalten hatte, weil er „der beste Gemeindevorsteher des Bezirkes“ war, wegen der Unterschlagung von Gemeindegeldern zu verantworten. Er hat verschiedene Gelder im Empfang genommen und sie nicht ordnungsgemäß verbucht. Die Gemeinde wurde dadurch um insgesamt 107.000 Kč geschädigt. Zu Lasten des ehemaligen Gemeindevorstehers gehen nachgewiesenermaßen 34.900 Kč. Die Bestimmung konnte nicht aufgehoben werden, weil vor einigen Jahren unter ganz eigenartigen Umständen in der Gemeindefinanz ein Brand ausgebrochen war, dem verschiedene Bücher zum Opfer gefallen sind. Wer den Brand gelegt hatte, konnte nie recht aufgeklärt werden, obwohl den Urheber jedes Kind kennt.

Körner, den man vor zwei Jahren auch aus der KP ausgeschlossen hat, wurde zu zehn Monaten schwerenerkers, verschärft durch ein hartes Lager monatlich und zur Bezahlung der Prozesskosten verurteilt. Das war also „der beste Vorsteher des ganzen Bezirkes Komotau!“

Großer Einbruchdiebstahl

In der Nacht von Samstag auf Sonntag brachen unbekannte Täter in das Radiogeschäft Anton Rausch in der Lehmannstraße in Turn ein und entwendeten sechs Rundfunkapparate im Werte von etwa Kč 80.000.—. Ein Apparat wurde in der oberen Voethovenstraße gefunden. Ein Mann, der der Polizei in den Weg lief, warf ihn dort weg.

Motorradunglück bei Altoblaun. Am Sonntag nachmittags verunglückte auf der Bezirksstraße bei Altoblaun der Lagerhalter des Konsumvereins Chodau, Genosse Schlee, mit seinem Motorrad. Er geriet auf der glatten abschüssigen Straße ins Rutschen und stürzte über die Böschung. Mit einem schweren Schädelbruch mußte er ins Krankenhaus eingeliefert werden, wo er Montag früh seinen Verletzungen erlag. Schlee, ein erst 29-jähriger Mann, war ein liberaler Funktionär der Arbeiterbewegung.

146 Jahre Zuchthaus gegen die „Schwarze Front“

Wie erst jetzt bekannt wird, fanden Ende September und Anfang Oktober 1937 vor dem Sondergericht II in Berlin zwei Riesensprozesse gegen Angehörige der „Schwarzen Front“ statt, denen Verbindung mit Otto Straßer und aktive Tätigkeit für seine „hoch- und landesverräterischen Bestrebungen“ vorgeworfen wurde. — Nach mehrtägigen Verhandlungen wurden die insgesamt 25 Angeklagten, unter denen sich zwei Frauen befanden, zu Zuchthausstrafen von insgesamt 146 Jahren verurteilt.

Obwohl der Prozeß besonders geheim durchgeführt wurde, ist allgemein bekannt geworden, daß sich unter den Angeklagten nicht nur zahlreiche Angehörige der SA und SS befanden, sondern auch zwei höhere Offiziere der Reichswehr, darunter ein Abteilungschef aus Wehring Luftfahrtministerium. Dieser Umstand, dem auch die abnorme Höhe des Strafmaßes zugegeschrieben wird, findet überall die größte Beachtung, da hieraus deutlich hervorgeht, wie weit der Prozeß der inneren „Ausbildung des Systems“ bereits vorangeschritten ist.

Der Chiffreschlüssel der Verschwörer entdeckt

Paris. Der französischen Sicherheitspolizei ist es gelungen, den Schlüssel der geheimen Chiffrierten Korrespondenz der Verschwörer zu finden. Dadurch konnten zahlreiche wichtige Daten der Verschwörung und auch verschiedene Namen der Verschwörer zutage gefördert werden. Man erwartet daher, daß die Untersuchung bald beendet sein wird. Alle verhafteten Teilnehmer der Verschwörung — insgesamt 28 Personen — sind in dem Pariser Gefängnis „Sante“ als gewöhnliche Delinquenten untergebracht, die nicht die Vorrechte politischer Gefangener genießen.

Die Polizei und die Gendarmerie erhalten ununterbrochen Anzeigen, daß verschiedentlich in den Wäldern und entlegenen Orten weggeworfene Waffen und Munition in kleineren Mengen liegen. Es scheint, daß sie die Bevölkerung aus Angst wegwirft, sie könnten bei einer eventuellen Hausdurchsuchung gefangen werden.

Bomben auf das Komenský-Spital

Einem Telegramm aus Spanien zufolge bombardierten am 26. November faschistische Flugzeuge das Heim für afrikanische Kinder, das Heim für verwundete tschechoslowakische und das tschechoslowakische Komenský-Lazarett, das sich hundert Kilometer hinter der Front befindet. — Heime und Lazarett waren selbstverständlich gekennzeichnet, doch haben die faschistischen Piloten auf diese Kennzeichnung keine Rücksicht genommen. Sie schienen vielmehr Spitaler mit Vorliebe zu bombardieren.

Die ganze gestützte Welt muß gegen diese neueste Schandtat der Franco-Hebellen Protest erheben.

Heeresverstärkung in USA

Washington. Der Kriegsminister der Vereinigten Staaten, Woodring, strebt in seinem Jahresbericht eine Erhöhung des Effektivstandes der Truppen der USA an als Schutz gegen einen möglichen Einfall des Feindes in das Land. Obwohl er nicht empfiehlt, daß sich die Vereinigten Staaten an dem Beitritt beteiligen, empfiehlt er u. a. eine Erhöhung des Effektivstandes der Offiziere um 500 Mann jährlich bis zur Erreichung eines Standes von 14.500 Offizieren und die Erhöhung des Effektivstandes der Mannschaften bis auf 165.000, wobei sich diese Effektivstandserhöhung vor allem auf die Artillerie und auf die Luftfahrt erstrecken müsse. Woodring empfiehlt er die Gründung einer Nationalgarde in der Stärke von 210.000 Mann.

Tagesneuigkeiten

Das Verbot der „Arbeiter-Zeitung“

Gelegentlich einer der vielen Hochverratsprozesse im alten Österreich schrieb die Wiener „Arbeiter Zeitung“, die jetzt in der Tschechoslowakischen Republik verboten wurde, am 21. Juli 1917 das folgende:

„... Unbefehle zernern gewisse deutsch-nationale Kreise nun über die Hochverräter, schmähden die Amnestie und bedenken sich nicht, politische Verfolgungen zu billigen, deren Grundlage sie gar nicht kennen... Gedankenlos und unterschiedlos wird über die Amnestierten geschimpft und die Frage kommt diesen deutschen Männern gar nicht, ob vielleicht nicht die Verurteilung ein Unrecht gewesen ist und ob nicht vielleicht viele derjenigen, die amnestiert wurden, das Recht hätten, bittende Klage zu führen, daß sie verurteilt wurden. Diese Abstumpfung, um nicht zu sagen, Auslöschung des Rechtsgefühls, die der nationale Haß auf dem Gewissen hat, ist eine wahrhaft bestürzliche Tatsache. Um so mehr sind wir entschlossen, in das Dunkel jener geheimen Rechtsprechung hineinzuleuchten und Recht von Unrecht zu sondern... Wir wollen uns heute mit dem Urteil des Wiener Landwehrdivisionsgerichtes (Juli 1916) gegen die tschechisch-nationalsozialen Abgeordneten Choc, Vukical, Wojna und Retolisky beschäftigen.“

Lange nach der Flucht Masaryks wurden in der Wohnung des Hofrates Olie dreizehn Akten und zwei Koffer gefunden, die Masaryk's Bücher, Aufzeichnungen und Papiere enthielten. In einem Umschlag befanden sich sechs Blätter, darunter auch ein Blatt Papier, auf dem ein Protokoll über eine Sitzung der Nationalsozialisten vom 1. Oktober 1914 in der Gewerbevereinigung in Prag verzeichnet war.

Dieser Fettel Masaryk ist nun alles, was von der strafbaren Handlung der vier Abgeordneten Kunde gibt. Da der schlichte Menschenverstand nicht gleich begreifen wird, wie da die vier Nationalsozialisten verurteilt werden konnten, wollen wir es sogleich erklären. Die Anklage und das Urteil nahmen an, daß in dem, was Masaryk in jener Beratung „zur Erwägung vorlegte“, das Verbrechen des Hochverrates (§ 58 St.-G.) gelegen sei. Da nun die vier Richter, nachdem sie solcher Meinung Masaryk's „hochverräterischen Unternehmungen“ erhoben hatten, nicht zur Polizei gegangen sind, um Masaryk anzuzeigen, haben sie sich des Hochverrates durch Untertanung der Anzeiger schuldig gemacht, und so hat sie das Militärgericht folgendermaßen verurteilt: Choc zu sechs Jahren schweren Kerkers, Vukical zu fünf Jahren, Wojna zu einem Jahre, Retolisky zu einem Jahr schweren Kerkers. Das Urteil ist in Vollzug gesetzt worden und erst die Amnestie hat ihnen die Tore des Kerkers geöffnet... Aber selbst wenn gegen die Verurteilung der vier Abgeordneten keine juristischen Bedenken obwalten würden; wie soll man trotzdem jene „deutschen Männer“ beurteilen, die sich in Schwähungen dieser Verurteilten nicht genügen können, denen nichts anderes zur Last fällt, als daß sie nicht zur Polizei gelaufen sind, um ihr Kunde zu geben, was Masaryk zu ihnen unter vier Augen geredet hat? Hätte man sie, wenn sie diese Denunziation nicht geschaut hätten, nicht verurteilen dürfen?... Aber um die Verurteilung der vier Abgeordneten plausibel erscheinen zu lassen, mußte das Militärgericht „beweisen“, daß Masaryk schon vor seiner Flucht ins Ausland, eigentlich immer ein Hochverräter gewesen sei; wie macht es das? Es hat einen Beweis aufgetragen: Masaryk im Jahre 1912 erschienene (recht referierende) Schrift „Palacks Idee des böhmischen Volkes“, welcher Beweis so geartet ist, daß das Kriegsgericht „nicht übersehen konnte, daß Masaryk, wie er ja in der böhmischen Idee Palacks eine kulturelle und eine politische Seite unterschieden hat, die obige Worte (man denke, die Worte: „Entspricht unsere Handlungsweise der böhmischen Idee Palacks? Sagen wir diese Idee fort?“) schließlich in dem Gebiet der kulturellen geistigen Tugenden der tschechischen Völker endigen läßt; er hat nicht unbemerkt gelassen, daß Masaryk in einer publizistischen Arbeit, nicht offen ein politisches haarsiefeindliches Prinzip verkündigen durfte (darfste? Nicht hat.); aber zur Verurteilung seiner Zuhörer reichte das alle doch schon aus. Die Verurteilung der Choc, Vukical, Wojna und Retolisky ist überhaupt nur so zu verstehen: der Masaryk war nicht zur Stelle, also hat man wegen seines Hochverrates seine Freunde verurteilt.“

... und das ist der Hochverrat, dessen Begnadigung die gewissen Nationalverbändler nicht verzeihen wollen.“

Witzschlag in Teschen. Aus Tschechien Teschen schreibt man uns: Am Samstag gegen Mittag schloß über der Stadt und Umgebung ein Schneesturm ein, der von Gewitterdonner begleitet war. Bei diesem Gewitter schlug der Blitz in Dolni Zubov zweimal ein. Einer der Blitze schlug in die Scheune des Johann Moravec, welche Feuer fing. Das Feuer verbreitete sich rasch und erlosch die anliegenden Stallungen. Der Schaden beträgt 50.000 Kč. Den Feuerwehren gelang es später, den Brand zu lokalisieren.



Die faschistische Verschwörung in Frankreich
Das Schloß Bartholmi bei Genf, Sammelpunkt der faschistischen-monarchistischen Verschwörer

H. W. Vliegen 75 Jahre alt. (Z. Z.) Am 20. November feierte die holländische Sozialdemokratie den 75. Geburtstag eines ihrer ältesten und bekanntesten Kämpfer, der noch immer rüstig in den Reihen der Arbeiterbewegung steht. Hubert Willem Vliegen, von Beruf Schriftsteller, hat der Arbeiterklasse durch lange Jahrzehnte als Mitglied des holländischen Parteivorstandes und Abgeordneter sowie auch als Mitglied der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gedient. Er hat einen Teil dieser Funktionen seit einigen Jahren zurückgelegt, ist aber noch immer Gemeinderat der Stadt Den Haag geblieben. Sein Geburtstag wurde auch im Haager Gemeinderat festlich begangen.

Segelflieger abgestürzt. Der Wiener Segelflieger Karl Roth ist Sonntag mit seinem Segelflugzeug auf dem Spierberg bei Pressenkirchen abgestürzt. Der Apparat wurde zertrümmert, der Flieger getötet.

Trattierereien treiben ein Ehepaar in den Tod. Am 16. Wiener Bezirk fand Montag früh ein Dienerarbeiter den Leiber seiner Wohnung, Josef Malinowski und dessen Gattin Olga mit Leutnantsvergiftung auf. Wie festgelegt werden konnte, hatte der Selbstmord seine Ursache in Trattierereien in der Nachbarschaft.

Der erste Landarbeiterstreik seit der Verschlagung der österreichischen Landarbeitergewerkschaft wurde Anfang Oktober bei Beginn der Juderrübenernte am Rotten See-Hof durchgeführt. Den Ausschern war die Feinzeit von der freien Gewerkschaft erlängte Rübenabfuhrprämie seit 1934 von Jahr zu Jahr verschlechtert worden. Auch in diesem Jahr sollte die Prämie wieder verringert werden. Die Landarbeiter wehrten sich dagegen. Zwei Tage lang wurde ergebnislos verhandelt. Schließlich rief den Ausschern die Verhandlung, sie liehen die Rüben auf den Feldern liegen, fuhrten heim und liehen dem Inspektor sagen, daß sie nicht eher wieder einpanden würden, bis die noch von der freien Gewerkschaft vereinbarte Rübenabfuhrprämie wieder bewilligt werde. Nach zwei Tagen Streik gab der Inspektor nach. (Z. Z.)

Terrorakte ohne Ende. Eine fünfzehnjährige Terroristengruppe überfiel Sonntag abends ein Automobil, in dem jüdische Arbeiter aus Geta nach Hoherech bei Rajareich fuhrten. Ein jüdischer Arbeiter wurde verletzt und mit dem Polizeiautomobil ins Krankenhaus übergeführt. Das Polizeiauto wurde aber während der Fahrt ebenfalls von einer bewaffneten Bande überfallen, wobei ein englischer Polizist getötet wurde.

Der Prinz der Niederlande verunglückt. Prinz Bernhard der Niederlande fuhr mit seinem Kraftwagen in den Morgenstunden des Montag gegen einen Lastkraftwagen. Durch den Anprall wurde Prinz Bernhard durch die Windschutzscheibe geschleudert. Mit einer tiefen Kopfwunde und einer leichten Gehirnerschütterung wurde er in das Bürgerkrankenhaus in Amsterdam eingeliefert. Amlich wird mitgeteilt, daß das Befinden des Prinzen zufriedenstellend ist.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge. Am 22. November sind auf dem Flugplatz Augusta (Rom) zwei Erkundungs-Wasserflugzeuge zusammengestoßen und ins Meer gestürzt, wobei sieben Mitglieder der Besatzungen ums Leben kamen. Diese Nachricht wurde erst jetzt bekannt.

Neue Sowjetflottenbasis. Der Kriegshafen Kronstadt, nahe Leningrad, ist bis zu einem halben Jahr bereits oder wenigstens stark mit Schollen bedeckt, was sowohl die Beweglichkeit der Sowjet-Ostflotte einschränkt als besonders für die geplanten Großkampfschiffe unerwünscht ist. Dazu kommt, daß die Ostsee durch das britisch-deutsche Flottenabkommen der deutschen Oberherrschafft ausgeliefert ist. Nun arbeitet man in Poljarno, einem Ort mit vorher nur 2500 Einwohnern, an der heils eisfreien Murmanflotte am Bau großer Docks und allem sonstigen Zubehör einer großen Flottenbasis. Poljarno ist bereits durch eine Rollbahn mit Leningrad verbunden und 41 Flugzeuge dienen dem Schnellverkehr. (bn.)

Es brennt. In den Opel-Automobilwerken in Rüsselsheim bei Mainz ist ein großer Brand ausgebrochen. An der Brandstelle sind zahlreiche Feuerwehren eingetroffen, denen es nach großer Mühe gelang, das Feuer zu lokalisieren.

Ein früherer Staatspräsident verhaftet. Der frühere Präsident von Kuba, General Machado, gegen den ein Auslieferungsvorhaben schwebt, wurde in einem New Yorker Krankenhaus von der amerikanischen Bundespolizei verhaftet.

Explosion in einer Munitionsfabrik. In der Munitionsfabrik in Bruneres de Serres (Frankreich) kam es Freitag zu einer Explosion, wobei zwei Arbeiterinnen schwer verletzt wurden.

Basifismus — Entlassungsgrund. Eine Maßnahme, die die Lloyd-Versicherungsgesellschaft gegenüber zwei Angestellten verfügt hat, hat ungeheures Aufsehen erregt. Dort wurden nämlich zwei junge Leute entlassen, und zwar einzig und allein aus dem Grunde, weil sie das Basifisten-Abzeichen, das sie am Waffenstillstandstage trugen, auch in den Büros nicht ablegen wollten. Das „News Chronicle“ widmet dem Fall in seinem Leitartikel einen scharfen Kommentar und stellt fest, daß die Väter der beiden jungen Leute um Armut gekämpft haben und daß man darum ihren Wut gegen den Krieg desto besser verstehen könnte. Der Basifismus sei eine Heberzeugung, die mit voller Berechtigung und größter Aufrichtigkeit von Millionen Menschen vertreten würde, und es sei empörend, daß diese Bestimmung als Entlassungsgrund gelten dürfe.

Schulungsstagung der Deutschen Tuberkulosefürsorge. Die Landesstelle Böhmen der Deutschen Tuberkulosefürsorge hielt am 27. und 28. November in Prag im Deutschen hygienischen Institut eine Schulungsstagung ab, die sehr zahlreich besetzt war. Der Vorsitzende der Deutschen Tuberkulosefürsorge, Univ.-Prof. Salko, begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Oberst Dr. Sverák vom Gesundheitsministerium, General Hutikl vom Verteidigungsministerium, Direktor Riedel von der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit, Zentralrat Dr. Vohl vom Bundeskulturrat, Oberstaatsrat Dr. Straubel vom Bundeskulturrat uvm. Vorsitzender Prof. Salko erklärte zunächst den Zweck der Schulungsstagung: Vorlegung der rechtlichen und sozialen Fragen, die sich auf die Tuberkulosefürsorge beziehen. Der geschäftsführende Vorsitzende Dr. Gattermann entwickelte hierauf das Programm der Tagung und betonte, daß die Gesundheitsfürsorge nichts mit Wohlthätigkeit zu tun habe. Es handle sich nicht um das einzelne Individuum,

sondern um das ganze Volk. Es ist daher eine öffentliche Arbeit im wahren Sinne des Wortes. Diese Arbeit für die Gesundheit unseres Volkes muß auf eine öffentlich rechtliche Grundlage gestellt werden. Es ist unsere Aufgabe, erst alle öffentlichen Mittel zu erschöpfen und dann erst private Mittel heranzuziehen. Die Tuberkulosefürsorge müßte Hand in Hand mit der Jugendfürsorge gehen. Eine besondere Aufmerksamkeit verdienen die bis jetzt vernachlässigten Dörfer. — Der Kirchenrechtler Univ.-Prof. Döber referierte über „Rechtsfragen der Tuberkulosefürsorge“. Der Jurist, der Mediziner, der Techniker und der Finanzmann wählten zusammenarbeiten, um den Schaden der Tuberkulose zu bannen. Hinsichtlich der Bekämpfung der Tuberkulose gibt es bis jetzt noch keine gesetzliche Regelung. Wir brauchen eine Gesetzgebung, welche umfassende Präventivmaßnahmen beinhaltet. Dr. Hammer sprach über die „Leistungen der Krankenversicherung“, Dr. Riedel über die „Leistungen der Invaliditäts- und Altersversicherung“, Ministerialrat Togen Kruschka über „Organisation und Aufgabenkreis der Fürsorgestellen“ und Frau Dr. J. J. Lička über die „Aufgaben der Fürsorge in der Beratungsstelle und im Haus“. (Z. Z.)

Wärmer und bewölkt. Obwohl unsere Gewitter nunmehr in unmittelbarer Nähe eines mächtigen Druckhochs liegen, kann sich sein Einfluß nicht wesentlich durchsetzen. Der Ausfluß kalter Luft gegen das Binnenland hat zwar aufgedreht, in der Höhe dringt jedoch vom Westen her erneut wärmere Luft vor, was Anlaß zu stärkerer Wolkenbildung in Mitteleuropa gibt. In Deutschland sowie im Gebiet der nordböhmisches Gebirge fällt etwas Schnee oder Sprühregen. — **W a r s c h e i n l i c h e s W e t t e r D i e n s t a g:** Bewölkt bis dämmernd bewölkt, nur im Südwesten der Republik vereinzelt leicht aufklarend. Im Norden und Osten leichte Niederschläge möglich. Im Böhmen, namentlich auf den Bergen, ein wenig wärmer, sonst Temperatur noch wenig verändert. — **W e t t e r a u s s i c h t e n f ü r M i t t w o c h:** Wetterentwicklung unklar, allmählicher Temperaturanstieg.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Dienstag

Prag I: 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Deutsche Sendung: Für die Frau, 10.30: Opernfantasien, 11.05: Rundfunk für deutsche Schulen, höhere Stufen, 12.10: Schallplatten, 14: Deutsche Sendung: Bild: Aus dem tschechoslowakischen Kulturleben, 14.10: Slawische Lieder überleitet von Maxnan, 17.30: Geigenquartett, 18.10: Deutsche Sendung: Dr. Strauß: Wirtschaftskrisis, 18.20: Pieber und Klavierkompositionen heimischer Komponisten, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 19.15: Fröhliche Musik und Gesang: Klicla, Bibich, 19.50: Gitarrenkonzert. — **Prag II:** 11: Schallplatten: Meger, Gluf, Verbi, Gsch uvm., 14.20: Deutsche Sendung: Dr. Jahn: Larkshan, eine Biographie der Menschheit, 14.55: Schallplatten, 14.55: Deutsche Presse, 16: Leichte Musik. — **Brünn:** 17.40: Deutsche Arbeiterfestsendung — Sozialinformationen, Kulla: Ein Jahr sozialer Weltpolitik. — **Freiburg:** 17.30: Klavierkonzert, 21.05: Kompositionen von Chopin. — **Kaischau:** 11.05: Schallplatten, 12.35: Rundfunkorchesterkonzert, 18.30: Opernfantasien. — **Währ.-Chran:** 15.15: Rundfunkorchesterkonzert, 17.30: Violoncellkonzert.

Mittwoch

Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Rundfunk für deutsche Schulen, mehrere Stufen, 12.10: Schallplatten, 13.40: Deutscher Arbeitsmarktbericht, 14: Deutsche Sendung: Untere Kompositionen, 18.05: Deutsche Sendung: Dr. Jungbauer: Volkstümliche Monatschau, 18.20: Deutsche Arbeiterfestsendung: G. H. Schwarz — Leitmotiv: Konjunkturdämmerung — und was dann? 18.40: Sozialinformationen, 18.45: Deutsche Presse, 20.05: Aus dem Smetanasaal: Konzert der tschechischen Sinfonietta, Suf, Dookal. — **Prag, Sender II:** 14.20: Deutsche Sendung: Kindertunde, 14.55: Deutsche Presse. — **Brünn 17.40:** Deutsche Sendung: Gauderka: Für die Jugend, 19.25: Buntes Konzert. — **Freiburg 12.35:** Rundfunkorchesterkonzert. — **Kaischau 12.05:** Pieber aus Tschechien, 18.15: Militärmusik. — **Währ.-Chran 18:** Geigenkonzert, 18.30: Tangomusik.

Volles Geständnis des Hostivařer Gattenmörders

Zusammenbruch einer einseitigen Verteidigung
Horák noch im Dezember vor die Geschworenen

Prag. (cb) In den späten Nachtstunden hat der Hostivařer Gattenmörder, der falsche Jurgenieur Horák, ein vollständiges Geständnis abgelegt, durch welches seine früheren Aussagen widerlegt erscheinen. Wie bereits berichtet, hat Horák, als er des Mordes überführt war, sich damit verteidigt, daß nicht er, sondern ein ihm nicht näher bekannter fremder Mann die Mordtat vollbracht habe. Im weiteren Verlaufe des nächsten Verhörs bezichtigte er des Mordes einen Emigranten namens Alešcher, mit dem er angeblich durch Zufall im Kaffeehaus bekanntgeworden sei und dem er seine ehelichen Vermögensverhältnisse geoffenbart habe, worauf dieser Alešcher sich sofort erboten habe, die unheimliche Gattin aus der Welt zu schaffen. Horák vertieg sich zu der Behauptung, daß der angebliche Emigrant Alešcher ihn als „Palora“ (als „Porchen“) bezeichnet habe, wenn er, Horák, Bedenken trage, seine Frau abzutöten zu lassen. Diese Aussage erwies sich als ein unmögliches Lügengewebe. Horák vermochte nicht einmal anzugeben, wie der Ausdruck „Palora“ in deutscher Sprache lautet, obwohl er vorher behauptet hatte, daß der erfundene Emigrant Alešcher nur deutsch verstanden habe. Als sich Horák in der Endphase sah, legte er endlich ein volles Geständnis ab und gab zu, die bestialische Tat allein vollbracht zu haben. Mit fürchter-

lichem Gleichmut schilderte er, wie er seine schlafende Gattin in der Nacht vom 7. August mit einem bereitgehaltenen Hammer durch Hiebe gegen die Schläfe betäubte, dann die Bewußtlose in das Badezimmer schleppte und ihr dort, wie einem zur Schlachtbank geführten Tier, die Halsschlagader durchschnitt und sein Opfer ausbluten ließ.

Das Motiv dieser Schreckentat ist vorläufig noch nicht einwandfrei geklärt. Die Vermutung geht dahin, daß sich Horák, der sich unter Fälschung von Zeugnissen als Ingenieur ausgegeben hatte, seiner Gattin deshalb entledigen wollte, weil diese von seinem anrüchigen Vorleben Kenntnis hatte und ihn zu denunzieren drohte. Die weiteren Erhebungen lassen es nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß Horák noch weit schwerere Verbrechen als bloße Mordtat auf dem Gewissen hat.

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß Horák noch in der diesen Montag eröffnenden Schourgerichtssitzung des Prager Kreisgerichtes vor die Geschworenen kommt. Ob tatsächlich diese Sache in der ersten Dezemberhälfte nach allen Richtungen hin festgestellt sein wird, daß die Anklage überreicht werden kann, wird sich erst zeigen müssen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Zur Kritik der öffentlichen Arbeitsvermittlung

Wir geben im folgenden den Ausführungen von A. Varsch-Krassig, Romm, der die Frage der Arbeitsvermittlung, Regelung vom Gesichtspunkt des im öffentlichen Vermittlungswesen tätigen Praktikers behandelt.

Ab und zu erscheinen in den Zeitungen Abhandlungen über arbeitsmarktpolitische Probleme, in denen fast regelmäßig ein Mißbehagen über die Unzulänglichkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung zum Ausdruck kommt. Abgesehen davon, daß diese Zeitungsartikel in einer mehr oder weniger verkümmerten Form den antisozialen Parteistandpunkt des betreffenden Schreibers erkennen lassen, hat man in ihnen bisher jede Spur von Vorschlägen darüber, wie es besser gemacht werden sollte, vergeblich gesucht.

Man gebraucht nicht zu Unrecht den Ausdruck „arbeitsmarktpolitisches Problem“, denn die auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes in Erscheinung tretenden Mängel und Notwendigkeiten, sowohl nach der wirtschaftlichen wie nach der sozialen Seite hin, sind ja noch lange nicht gelöst, ja wahrscheinlich noch nicht einmal allgemein erkannt. Man kann sich heute noch ganz gut jener Zeiten erinnern, in denen sich wohl mehr als neun Zehntel der Bevölkerung um diese Sache überhaupt nicht bekümmerte. Bedeutung erlangte sie erst — wenigstens hierzulande — nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges. Wirtschaftskrisis, gezielte Rationalisierung haben aus ihr ein Streitobjekt gemacht. Und nun, trotz der sehr bedeutenden Verbesserung der Wirtschaft, muß doch mit der Tatsache gerechnet werden, daß unsere Wirtschaft auch weiterhin nicht imstande sein wird, das Arbeitslosentum ganz zu absorbieren. Es bleiben aberausende Menschen, die, sobald sie einmal arbeitslos geworden sind und sich in die fünfzigerjahre befinden, in keinen Betrieb mehr aufgenommen werden, oder aber, wenn sie sich in den Sechzigerjahren befinden, als Heberalterie einfließen werden. Die der ersten genannten Gruppe angehörenden, können größtenteils noch von der öffentlichen Arbeitsvermittlung statistisch erfaßt werden, weil sie zumeist eine staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehen und sich deshalb zur Kontrolle melden müssen. Für die meisten von der letztgenannten Gruppe haben aber diese Kontrollmeldungen keinen Zweck, denn nur die wenigsten von ihnen beziehen eine Arbeitslosenunterstützung und sie sind sich dessen bewußt, daß ihnen die öffentliche Arbeitsvermittlung keine Arbeit beschaffen kann. Weiter noch können aber auch jene Arbeitslosen von der Statistik nicht festgehalten werden, deren Lebensunterhalt noch dem Erntescheit der zuständigen Bezirksbehörde nicht gefährdet ist. Und deren Zahl ist nicht klein, denn die Richtschnur für dieses Erntescheit bildet in der Regel ein Einkommen in der Höhe der staatlichen Ernährungsaktion. Nicht behalten werden also jene Arbeiter, die die von der öffentlichen Arbeitsvermittlung herausgegebene Arbeitslosenstatistik als zu niedrig bezeichnen.

Aber auch in Hinsicht auf die Stellenvermittlung bieten die von der öffentlichen Arbeitsvermittlung herauskommenen Statistiken kein genaues Bild der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Bezirksämter, also das eigentliche Quellengebiet für die Statistik, können nur jene Vermittlungen ausweisen, für welche sie die von den Arbeitgeberern befristeten Vermittlungsbefehle in den Händen haben, nicht aber jene, bei denen ihre Mitwirkung ausgeschlossen ist und auch nicht ihre Zahlreichen „formalen“ Stellenanmeldungen, die zahlreiche „formale“ Stellenanmeldungen, die zahlreich ist es auch zuzufügen, daß sich die Statistiken der öffentlichen Arbeitsvermittlung in kein richtiges Verhältnis bringen lassen zu den Daten der Sozialversicherungsinstitute. Auch in Frage der Saisonbetriebe und der Saisonarbeiter besteht noch keineswegs die notwendige Klarheit.

Aus den bisherigen Darlegungen allein schon geht hervor, daß die Verordnung 217/36 noch keineswegs eine Vereinigung des arbeitsmarktpolitischen Problems gebracht hat, was noch mit anderen Details aufgezeigt werden könnte.

Das laienhafte Anwachsen des Arbeitslosenstandes in den ersten Kriegsjahren hatte in vielen Bezirksämtern der öffentlichen Arbeitsvermittlung ganz unheimliche Zustände hervorgerufen: In den Kammern der Anstalten den ganzen Tag ein bedrückendes Gedränge und vor den Anstalten eine lange Kette von arbeitslosen Arbeitlosen. Da brachte der Umstand, daß bei der

Durchführung der staatlichen Ernährungsaktion die Gemeinden mitwirken müssen, den Gedanken zur Verwirklichung, auch die Arbeitslosenkontrolle für alle über drei Kilometer entfernten wohnenden Arbeitslosen von der Bezirksanstalt weg und auf die Gemeinden zu verlegen, allerdings durchgeführt vom Personal der Bezirksanstalt. Im Befolge dieser Neuerung, die sich nach jeder Richtung als praktisch erwiesen hat, kam es dann noch dazu, daß auch bei der Befragung der arbeitslosen Arbeitsstellen die Mitwirkung der Gemeinden in Anspruch genommen und von diesen auch gern geleistet wurde und wird. Wohl heißt es in Punkt 2 des § 2 der Verordnung 217/36, daß sich die Stelleninhaber bei der zuständigen Bezirksarbeitsvermittlungsanstalt anzumelden haben und ebenso heißt es in den Anweisungen der öffentlichen Arbeitsvermittlung, daß am Monatschluß in die Statistik der Nichtuntergebrachten nur jene gezählt werden dürfen, die sich innerhalb der letzten vier Wochen persönlich um Arbeit beworben bzw. wieder gemeldet haben; doch ist es in Hinsicht auf die weiten Entfernungen, auf die Weg- und Witterungsverhält-



nisse nicht einfach vernünftiger, wenn innerhalb vier Wochen ein Angestellter der Bezirksanstalt zur Durchführung der Kontrolle in die Gemeinden geht, als wenn 50 bis 100 Arbeitslose einer entfernt liegenden Gemeinde der Kontrolle wegen in die Bezirksanstalt gehen müssen? Zu dem noch bietet die Kontrolle in den Gemeinden und in Gegenwart eines verantwortlichen Gemeindefunktionsärs viel mehr Sicherheit als die Kontrolle vor dem ständig verstopften Schalter in der Bezirksanstalt. Jene, die verlangen, daß der Arbeitslosenstand in der Statistik nicht höher sein soll, als er in Wirklichkeit ist, werden auch nicht dagegen einwenden können, daß alle arbeitslosen und zugleich arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen erfaßt werden.

Das ist nicht nur sozial gedacht, sondern erfahrungsgemäß auch durchführbar. Wer den Arbeitsmarkt seines Dienstbereiches wirklich erfassen will, dessen Arbeitskraft darf nicht zur Gänze beim Schreibtisch und in der papierenen Arbeit erschöpft werden, sondern er muß auch hinausgehen und sich mit dem wirklichen Leben im Bezirke vertraut machen.

Vertragsabschluß für die Lohnveredelungsindustrie im Reichenberger Gebiet

Nachdem im Jahre 1934 eine Verlängerung des bis dahin in Geltung gewesenen Lohnvertrages für die Gruppe Lohnveredelungsindustrie im Reichenberger Gebiet nicht erreicht werden konnte, war dieser Zweig der Textilindustrie, das sind zwölf Firmen, die circa 1400 Arbeiter beschäftigen, bis jetzt ohne Lohnvertrag. Den Bemühungen der Union der Textilarbeiter, Gewerkschaft Reichenberg, und der disziplinierten Haltung der Vertrauensleute und Arbeiterchaft der Reichenberger und Grottauer Betriebe, die zweimal zu imposanten Kundgebungen, und zwar die Besetzung bis zum letzten Mann geschlossener Aufmarschierete, ist es zu danken, daß nunmehr auch für diesen Teil der Textilindustrie der Lohnvertrag wieder abgeschlossen werden konnte. Es wuzorn die zulezt in Geltung gewesenen Löhne vereinbart, was für die Verelger der kleineren Betriebe wesentliche Lohnverbesserungen bedeuten; außerdem erhalten die Arbeiter der Lohnveredelungsindustrie des Reichenberger Gebietes die im Frühjahr für die anderen Zweige der Textilindustrie vereinbarte Lohnverbesserung in Form der Ausbisse, nächste Malen Anfang Dezember und Mitte Februar, ausbezahlt.

Der Abschluß dieses Vertrages ist ein beachtlicher

Erfolg für die 1400 Arbeiter

der Lohnveredelungsindustrie und beweist diesen, daß nur die unermüdete, gewissenhafte Arbeit der Union der Textilarbeiter, der sich jeder denkende Textilarbeiter als Mitglied einleihen muß, eine Gewähr für ihre erfolgreiche Interessendvertretung gibt.

Verlängerung des Gesetzes über Konfektions-Erzeugung

Am 31. Dezember 1937 endet die Wirksamkeit der Regierungsverordnung 302/36, welche die Verhältnisse in der fabrikmäßigen Erzeugung von Kleidern regelt. Die Regierung hat deshalb dem Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit welchem die bisherige Regelung mit bestimmten Änderungen um weitere zwei Jahre, d. i. bis 31. Dezember 1939, verlängert wird.

So wie bisher wird auch nach dem Gesetzentwurf die Bewilligung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium für soziale Fürsorge notwendig sein, wenn eine neue fabrikmäßige Erzeugung von Kleidern errichtet werden soll oder eine Heimherzeugung von Kleidern durch eine Fabrikherzeugung ersetzt wird. Neugeregelt wurde die Bestimmung betreffend die Erweiterung der fabrikmäßigen Kleiderherzeugung. Bisher war die Bewilligung des Handelsministeriums und des Ministeriums für Sozialfürsorge nur dann notwendig, wenn bei der Erweiterung der maschinellen Erzeugung in der Werkstatt um eine Genehmigung des Betriebes nach der Gewerbeordnung angefordert werden mußte. Gemäß dem Gesetzentwurf ist die Bewilligung nur dann notwendig, wenn der Betrieb in der fabrikmäßigen Kleiderherzeugung durch die Zahl der Maschinen oder durch den Austausch der maschinellen Einrichtung oder durch die Erhöhung der Zahl der Angestellten ohne fachliche Vorbereitung wesentlich erweitert werden soll.

Die Stoba-Werke sind gut beschäftigt. Der Verwaltungsrat der Stoba-Werke übergibt der Öffentlichkeit die Nachricht, daß die Beschäftigung der Werke heuer gut ist, daß sie besser ist als im Vorjahr und daß sich derzeit keine saisonmäßige Abschwächung zeigt. Es wird auch im Winter voll gearbeitet werden. Auch der Eingang an Bestellungen aus dem Inland und aus dem Ausland ist befriedigend und es ist bemerkenswert, daß in der letzten Zeit Aufträge auf Investitionseinrichtungen eingelangt sind, die während der Kriegsjahre nicht erneuert wurden. Die Mehrzahl der Aufträge für die Stoba-Werke stammt aus dem Friedensbereich.

Krupp macht sich gesund — Massenkrankungen der Krupparbeiter

(ZfA) Der ausgetriebene (1) Betriebsüberseher des deutschen führenden Rüstungskonzerns, der Friedrich Krupp A.-G. in Essen, ist von 1932/33 bis 1935/36 von 118.000.000 auf 288.000.000 Reichsmark (also beinahe um das anderthalbfache) gestiegen. Die wirklichen Gewinne stiegen, wie das Ansteigen der gezahlten Steuern beweist, noch weit stärker.

Wie dieses weitere Steigen der Kruppgewinne zustande kam, zeigt der soeben veröffentlichte Bericht der Krupp'schen Betriebskrankenkasse: „Seit dem Jahre 1932 liegt die Zahl der Arbeitsunfähigkeits-

Wer macht's? der köstliche Röstmalzzucker im Kathreiner — der macht's!

fälle“, bis 1936 auf je 100 Mitglieder gerechnet, auf das Doppelte.“ (Deutsche Gewerkschaften, 4. Hft. 1937). 1932 waren auf 100 Mitglieder der Betriebskrankenkasse 23,26 mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle zu verzeichnen. 1935: 48,01, 1936: 46,52! So wird bei Krupp angetrieben!

Die Bodenverhältnisse in Spanien vor der republikanischen Bodenreform

Als Spanien Republik wurde, besaßen 50.000 Latifundienbesitzer, das sind rund 20.000 Familien, mehr als die Hälfte des gesamten spanischen Bodens. 700.000 weitere Großgrundbesitzer waren Herren über ein weiteres Drittel, eine ganze Million Kleinbauern aber hatten nur ein Zehntel, einviertel Millionen Pflugbauern gar nur ein Fünftel und eine Million Landarbeiter besaßen überhaupt keinen Fleck eigenen Bodens.

Die fünf Millionen der Landbevölkerung in Spanien waren am Grund und Boden folgendermaßen beteiligt: 1 Prozent besaß 51,5 Prozent des Bodens, 14 Prozent besaßen 35,2 Prozent, 20 Prozent besaßen 11,1 Prozent 25 Prozent besaßen 0,2 Prozent und 40 Prozent waren ohne Land.

Die Republik war bemüht, durch die Bodenreform das Unrecht wieder gutzumachen, das diese Bodenverteilung darstellte. Doch diese Bodenreform, die sehr gemäßig durchgeführt wurde, war einer der Gründe, weshalb sich die Faschisten, unterstützt von den Aristokraten und den Latifundienbesitzer, zum Militäraufstand entschlossen.

Manius Kampfruf gegen Tatarescu Unversöhnlicher Wahlkampf in Rumänien

Bukarest. (Eigenbericht.) Die Nationalgaronisten haben ihren früheren Parteivorsitzenden Dr. Julius Maniu zum Parteipräsidenten wiedergewählt. Damit ist in der rumänischen Innenpolitik wenigstens in einer Hinsicht Klarheit geschaffen worden: Manius Verhalten gegenüber jenen geheimen Kreisen, welche den Verlauf der rumänischen Politik bestimmen, ohne nach außen hin und auf Grund der Verfassung irgendeine Verantwortung zu tragen, und welche sich trotzdem auf der höchsten Kommandobrücke des rumänischen Staates befinden, ist bekannt. Dieses Verhalten, das Verhalten eines aufrechten Mannes, hat, auch das ist bekannt, auf der einen Seite zum zeitweiligen Ausscheiden Manius aus der rumänischen Politik, andererseits aber auch dazu geführt, daß trotz Zuspruchs aller Voraussetzungen die Nationalgaronisten nicht zur Regierung berufen wurden, daß vielmehr die Kräfte in willkürlicher Weise gelöst wurde. Die Wahl Manius zum Parteivorsitzenden hat also den Sinn, daß es nicht mehr ein Mann ist und bestenfalls noch seine persönliche Anhängerchaft, welche jene geheimen Nonnenstiel mit so außerordentlichem politischen Einfluß besäms, sondern eine Partei. Und es ist nicht von geringer Bedeutung, daß diese Partei die größte Oppositionspartei Rumäniens ist.

Maniu selbst hat in einer Rede, die er anlässlich der Übernahme des Parteipräsidenten hielt, Rumänien mit einer schädel verstandenen Kaserne verglichen, welche es nicht zulasse, daß der Sohn eines Bauern an die Führung des Landes gelange, auch wenn er würdiger ist als andere. Der Verfassung nach bestünden Bürgerrechte, in Wirklichkeit aber herrsche ein schlechterverstandener Kasernegeist im bösen Sinne des Wortes. Die Diktatur werfe ihre Schatten nicht mehr nur voraus, sondern sie sei offen erklärt und in Anwendung gebracht, ohne irgend einen Vorbehalt. „Ich fühle mich“, sagte Maniu, „nicht auf irgendwelche Gerüchte.“ Wenn er sich nicht auf irgendwelche Gerüchte fühle, so fühle sich Maniu vermutlich auf ihn bekannte, bestimmte Tatsachen. Welcher Art diese Tatsachen sein mögen, ist im einzelnen nicht bekannt. Aber es wäre weltfremder Illusionismus, wenn man an der Wahrheit der Worte Manius zweifeln wollte. In allen Ecken und Enden des Landes ist bereits der Geist der Diktatur zu spüren und der Geist, den Maniu als Kasernegeist bezeichnete, breitet sich mit einer Rapidität aus, die unheimlich ist.

Andererseits darf aber auch die Welle der Gegnerschaft nicht übersehen werden, welche der Regierung Tatarescu entgegensteht. Ob die Regierung diese Welle fühlt, ist zweifelhaft. Sie ist ungenau selbstzufrieden und fühlt sich im übrigen bedeckt. Es macht ihr nichts aus, wenn ein ehemaliger Generalkonsul in die größte Oppositionspartei eintritt. Es macht ihr nichts aus, wenn führende Diplomaten in diese Partei

eintreten; es macht ihr auch nichts aus, wenn ihre Verbündeten, wie Laiba Voebod, von jenen seiner bisherigen Freunde im Stich gelassen wird, denen die Sauberkeit des Charakters trotzdem noch höher steht, als die Dilettanten eines Abgeordneten oder Senators. Das ist immerhin eine erfreuliche Erscheinung, die vermehrt zu werden verdient. Die von der Regierung zur Schau getragene Gefinnung wird also doch nicht von ganz Rumänien geteilt, noch gibt es Männer in diesem Lande. Die Wahl Manius zum Vorsitzenden der nationalgaronistischen Partei ist unter anderem auch ein Zeichen dafür, daß die Geduld dieser Männer fast erschöpft ist.

Gegenüber dieser Tatsache spielt es eine geringere Rolle, daß Herr Tatarescu sein Herz für die Bauern und für die Arbeiter entdeckt hat. Alle möglichen Versprechungen sind aus seinem Wahlausruf an diese Schichten herauszulesen, die er sich nicht scheut „Klassen“ zu nennen. Er will den Bauernstand heben — jenen Bauernstand, der über vier Millionen Pflugwirtschaften, aber nur über zwei Millionen Pflüge verfügt. Er verspricht jedem Arbeiter mindestens ein Haus, und hat sich mit Herrn Laiba Voebod verbunden, der während seiner ministeriellen Tätigkeit zweimal auf streikende Arbeiter hat schließen lassen.

Väterchen Polizeichef

Jeshow ist der neue Vertraute Stalin's und Chef der Sowjetpolizei. Vor drei Jahren hat diesen Mann noch niemand gekannt. Jetzt säubert er die U.S.S.R. von den Bolschewiken. Er betätigt sich aber auch als Wahlmacher. Darüber schreibt die „Walter Rationalisierung“ u. a.:

„Jeshows Rolle in der Wahlkampagne und damit für die gesamte Tätigkeit des kommenden „Parlamentes“ scheint sich bereits in sehr interessanter Weise ab. Der Diktator hat ihm alle Vollmachten erteilt, jeden verdächtigen Kandidaten als „Volkseind“ zu bezeichnen, niemand darf daran Anstoß nehmen, mit welchen Mitteln die Politische Polizei „die Wähler überzeugt“, daß nur die von der Moskauer Zentrale empfohlenen Persönlichkeiten gewählt werden dürfen, aber das Stalin vorausgesehen, daß Jeshow den Obersten Sowjet geradezu mit seinen Kreaturen durchsetzen würde? Jeshow geht dabei ohne Sentimentalität vor, sieht es doch nach außen hin aus, als sei er besorgt, nur die subvertichesten Stalinhänger durchzubringen. Seine Leute, der Polizeichef in Woroneß Korkin, sein Kollege Dmitriew in Swerdlowsk, Krives in Jelaterino und wie sie alle heißen, dürfen ihre Volkseindhaftigkeit, Agenten und Spione zu „Wahlversammlungen“ einberufen, die dann der Bevölkerung des betreffenden Wahlbezirks in die Volksvertretung zu entsenden. In Nischni-Rogorod, dem heutigen Gorki, wo Jeshow selbst kandidiert, ist auch der zweite noch zu vergebende Platz für seinen Gehilfen Latowitschin ausgerufen worden.“

Man erhält für	Kc
100 Reichsmark	613.—
100 Markmünzen	665.—
100 österreichische Schilling	526.50
100 rumänische Lei	16.05
100 polnische Zloty	493.50
100 ungarische Pengö	549.50
100 Schweizer Franken	656.50
100 französische Francs	95.70
100 englische Pfund	140.90
1 amerikanischer Dollar	28.30
100 italienische Lire	120.40
100 holländische Gulden	1574.—
100 jugoslawische Dinare	61.30
100 belgische Francs	482.—
100 dänische Kronen	630.—
100 schwedische Kronen	729.—

